



## Politischer Informationsdienst aus Berlin

für den Wahlkreis 119 - Essen II -  
Herausgegeben von Jutta Eckenbach MdB (CDU)

*Sitzungswoche vom 12.01. bis 16.01.2015*



*Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,*

*die schrecklichen Ereignisse von Paris haben auch die erste parlamentarische Woche in Berlin überschattet und geprägt. Bereits am Dienstagabend nahm die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der Mahnwache am Brandenburger Tor teil. Mit einer Schweigeminute gedachten wir im Plenum am Donnerstag den Opfern dieses feigen Terroranschlages und deren Familien.*



*Weitere Informationen zur 1. Sitzungswoche in 2015 lesen Sie auf den folgenden Seiten.*

*Ich wünsche Ihnen ein gutes und gesundes Neues Jahr und freue mich auch in diesem Jahr wieder für Sie als Ansprechpartner da zu sein.*

*Herzlichst*

*Ihre*



### In dieser Ausgabe:

Gemeinsam für Toleranz  
und ein friedliches Zusammenleben

„Staatssicherheit in der  
SED-Diktatur“

Arbeitsmarktintegration  
von Asylbewerbern

AG Ruhrgebiet

Jutta trifft...

*Jutta trifft ... -  
Jutta Eckenbach  
im Dialog*

*21.1.15:*

*PSts Anette  
Kramme MdB*

*19.2.15:*

*Thomas Kufen  
MdL*

## Gemeinsam für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben

Nach den schrecklichen Anschlägen auf die Redaktion der Satirezeitschrift « Charlie Hebdo » dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Presse- und Meinungsfreiheit sind unumstößliche Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Für diese müssen wir gemeinsam über Religions- und Kulturgrenzen hinweg eintreten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Extremisten aller Art das Zusammenleben und die friedliche Zugesamtheit gefährden.



An der Mahnwache am Brandenburger Tor nah-

men neben unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und zahlreichen Regierungsgliedern, Spitzenpolitikern der Opposition, Bundestagsabgeordneten auch gesellschaftliche Gruppen und Religionsgemeinschaften teil. Auf diese Weise konnten wir gemeinsam ein deutliches Zeichen für Toleranz und ein friedliches Miteinander setzen.

**ZUSAMMEN  
STEHEN**

**GESICHT  
ZEIGEN**

**WIR MUSLIME SAGEN:**

**Lasst uns gemeinsam füreinander stehen.  
Terror, nicht in unserem Namen!**

friedliche Zu-  
Toleranz ge-



MdB Lengsfeld, MdB  
Giousouf, MdB Eckenbach

Eine solche Veranstaltung setzt zwar ein Zeichen, aber um Terroranschläge zu verhindern, müssen wir aktiv werden. Daher begrüße ich es sehr, dass die Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben“ um 10 Mio. Euro auf 40,5 Mio. Euro aufgestockt worden sind. Das Bundesprogramm fördert zahlreiche Maßnahmen, die der Prävention vor Ort dienen und so der Radikalisierung vorbeugen. Ab Anfang Februar startet das neue Interessenbekundungsverfahren für interessierte Kommunen, Städte und Kreise. Weitere Informationen sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu finden.

## „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“

Am Mittwochabend wurde die Ausstellung "Staatssicherheit in der SED-Diktatur" im ehemaligen Dienstsitz von Stasi-Minister Mielke, der heutigen sog. Stasi-Unterlagenbehörde, eröffnet.

Die Kulturstatsministerin der Bundesregierung Monika Grütters MdB sagte zur Eröffnung: "Die neue Dauerausstellung zeigt uns auf eindringliche Weise, wie das MfS im Auftrag der SED die Menschen mit kalter Effizienz bespitzelte, willkürlich inhaftierte und zermürbte.



Machterhalt war das Ziel; dazu musste jedes Infragestellen staatlicher Autorität im Keim erstickt werden, und eben das war der klare Auftrag des Staatssicherheitsdienstes. Heute können wir an diesem Ort den Wert der Freiheit anschaulich machen. Das ist wichtiger denn je, gerade in diesen Tagen, in denen Terroristen Axt anlegen an die Stützpfeiler unserer Demokratie – an die Freiheit der Kunst und der Presse, an Meinungsfreiheit und Redefreiheit."



Prof. Dr. Monika Grütters

Mir ist es wichtig, dass wir auch auf unsere deutsch-deutsche Geschichte immer wieder aufmerksam machen. Daher biete ich immer wieder den Schulen in meinem Wahlkreis kostenlose Ausstellungen und Informationsmaterial an. Leider werden diese Angebote oft nur unzureichend wahrgenommen.

## Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern

Am Dienstag traf sich die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eines der Themen war die Fragestellung: Wie gelingt es uns, Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren? Denn eine frühzeitige Integration bedeutet finanzielle Unabhängigkeit und gleichzeitig eine Entlastung der Sozialsysteme.

Ein neues Einwanderungsgesetz lehne ich ab. Ich setze mich statt dessen unter anderem für eine bessere Förderung der Sprachkurse für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge ein. Denn auch unter Asylbewerbern gibt es viele gut ausgebildete Menschen. Neuerdings dürfen sie nach drei Monaten in Deutschland arbeiten. Die größte Hürde, dass diese Menschen eine Arbeit finden, die ihrer Qualifikation entspricht, ist die Sprache. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss mehr Kapazitäten für qualifizierten Spracherwerb schaffen. Das Innenministerium muss dafür Sorge tragen, dass es dafür mehr Mittel gibt. Damit würden die Integration und Akzeptanz der Neuankömmlinge verbessert.

Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder MdB betonte in seiner Rede am Donnerstag im Rahmen der Regierungserklärung zu den Terroranschlägen: „[...] Es wäre eine große Tat und auch notwendig, damit Menschen nicht in der Isolation leben und auf dumme Gedanken kommen, dass wir all denjenigen, die Arbeit und Ausbildung suchen, auch Arbeit und Ausbildung verschaffen. Diesen Punkt sehe ich an erster Stelle. Nicht über neue Zuwanderung sollte geredet werden, sondern diejenigen, die da sind, sollten jetzt endlich in Arbeit gebracht und in die Gesellschaft integriert werden.[...]“

Das vollständige Protokoll zur Regierungserklärung können Sie abrufen unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) oder über [mein Büro](#) anfordern.

## AG Ruhrgebiet

Am Donnerstagvormittag nutzten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ruhrgebiet der CDU-Fraktion die Möglichkeit, die aktuellen Themen mit konkretem Bezug zum Ruhrgebiet zu besprechen.

Neben gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen, ist und bleibt Diskussionschwerpunkt die weitere finanzielle Förderung der Kommunen. Aktuell zeigt sich wieder, dass Gelder, die der Bund noch im letzten Jahr zur Verfügung stellte wieder nicht vom Land 1:1 weitergereicht wurden, sondern finanzpolitische Fehlentscheidungen des Landes ausgeglichen wurden.



Mitglieder der Arbeitsgruppe Ruhrgebiet

## Jutta trifft...

In der kommenden Woche bin ich in Essen unterwegs und treffe mich mit den verschiedensten Gesprächspartnern.

So treffe ich unter anderem:

- **Dr. Franz-Josef Overbeck**, Bischof von Essen
- **Elke Kaup** der EDEKA Handelsgesellschaft Rhein-Ruhr mbH und zuständig für die Standortentwicklung und Expansion, sowie **David Volkert** der EDEKA Zentrale AG & Co. KG, Bereich Public Affairs & Gesellschaftliche Verantwortung
- **Marcus Kampling** der Katholischen Pflegehilfe Essen e.V.
- **Heinz D. Diste**, Hauptgeschäftsführer der Contilia Gruppe
- **Anette Kramme MdB**, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales (BMAS)
- **Maria Böhmer MdB** als Präsidentin des Welterbekomitees der Unesco und Thomas Kufen MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Essen



Sie finden mich auch auf [www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)